Stadtzeitung der
Deutschen
Kommunistischen
Partei
Mörfelden

März 1984

Nr. 159

blick punkt

DKP-Fraktion enthüllte:

Amerikaner verseuchen unser Trinkwasser!

„Unsere Trinkwasser-Brunnen sind in Gefahr!", diese Pressemeldung der DKP-Fraktion schlug wie ein Blitz ein. Es gab hektische Betriebsamkeit auf dem Landratsamt und in den Rathäusern. Es gab eine Pressekonferenz, erste Maßnahmen wurden eingeleitet.
Große Empörung machte sich bei den Bürgern unserer Stadt breit, nachdem sie aus der Presse von den Vorgängen im US-Munitions-Depot, aber auch von den geringen Vorsichtsmaßnahmen der Oberen Wasserbehörde beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, erfahren haben.

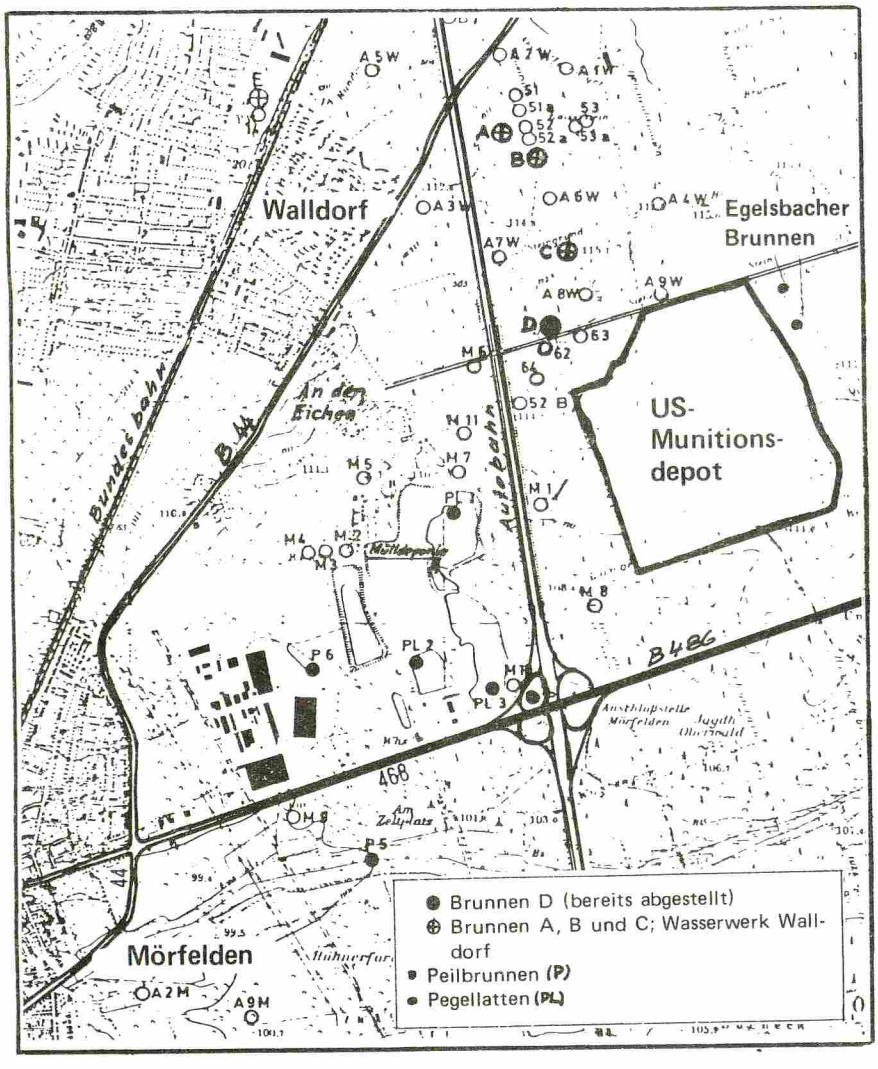
- Da besteht seit über 30 Jahren in unmittelbarer Nähe unserer Stadt und deren Wasserversorgungsanlage, ein Munitionslager der Amerikaner und es weiß niemand bei uns, was dort alles gelagert ist. Vermutungen, daß es sich um atomare, bakteriologische und chemische Kampfstoffe handelt wurden geäußert und bisher nicht dementiert.
- Da werden bereits 1981 im Rohwasser der Brunnen Egelsbach, die sich östlich des Depots befinden, Werte festgestellt deren „Zuordnung in Einzelsubstanzen bis heute nicht möglich war". Da werden bereits im April 1981, zwei Brunnen des Wasserwerkes Egelsbach stillgelegt.

Von all diesen Vorkommnissen erfahren die Bürger unsrer Stadt, der Bürgermeister, der Landrat, erst im Februar/März 1984. Sicher wäre das alles noch länger geheim geblieben, wenn die DKP-Fraktion Mörfelden-Walldorf, aufgrund einer Information aus dem Kreis Offenbach, die Öffentlichkeit nicht informiert hätte.

Jeder der weiß, wie wichtig die Reinhaltung unseres Grundwassers ist und die Gefährlichkeit chemischer Substanzen kennt, hält diese Leichtfertigkeit für einen Skandal. Oder wurde hier bewußt, auch bei deutschen Stellen, Verschwiegenheitspolitik betrieben damit keine Stimmung gegen das Munitions-Depot hochkommt? Es bleiben Fragen!

„Unsere Stadt sagt Nein zum Wettrüsten", ist das Motto einer vielbeachteten Unterschriften-Aktion der Friedensinitiative Mörfelden-Walldorf.

Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden – deshalb bitten wir unsere Leser um Unterstützung dieser Aktion. Es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft unserer Kinder.



Hier tickt die Zeitbombe!

Die DKP schrieb es schon im Jahre 1969: „Vom amerikanischen Munitionsdepot im Oberwald geht große Gefahr aus!".
Bereits im „blickpunkt" Nr. 1, vom November 1969, wurde auf die Gefahr aufmerksam gemacht und schon am 22. 12. 1970 forderten die Stadtverordneten von Mörfelden, gemäß einem Antrag der DKP-Fraktion, die Auflösung des Munitionslagers.
Jetzt wird die Gefahr allen bewußt. Schon vor längerer Zeit müssen gefährliche Stoffe – die Hessische Landesanstalt für Umwelt spricht von „organischen Lösungsmitteln, Kampfstoffen und anderes" – auf dem Gelände des Munitionsdepots in das Grundwasser gelangt sein.
Wegen dieser Gefahr – die Fließrichtung des Grundwassers verläuft vom Depot aus in Richtung Westen auf die Förderanlage des Walldorfer Wasserwerkes hin – wurde der Brunnen B mittlerweile vorsorgehalber abgestellt.

Auf Antrag der Kommunisten wurde am 22. Dezember 1970 in der Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden folgende Forderung einstimmig beschlossen:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mörfelden fordert die Auflösung des zwischen Mörfelden und Walldorf gelegenen Munitionslagers. Sie sieht im Vorhandensein derartiger Einrichtungen in einem Ballungsgebiet in der Nähe unserer Stadt eine akute Gefahr für die Bevölkerung."

Was muß geschehen damit die Reinheit unseres Trinkwassers gewahrt wird?

Der Landrat fordert:
1. Einen grundwassersichernden Ausbau des Munitionslagers.
2. Die Niederbringung von Grundwasserkontrollbrunnen und kurzfristige Wasseruntersuchungen.
3. Die Wiederaufnahme des Förderbetriebes der stillgelegten Egelsbacher Brunnen, um einen Absenkungstrichter herzustellen und um ein Abfließen des kontaminierten Wassers in Richtung Wassergewinnungsanlage Walldorf zu verhindern.

Aber ist es damit getan?

Wir fordern:
1. Es muß genau festgestellt werden, welche Stoffe ins Grundwasser gelangten.
2. Auch unter zur Hilfenahme von Beobachtungsbrunnen auf dem Depot muß festgestellt werden, wie weit die Verschmutzungsfahne bereits in Richtung Walldorf vorgedrungen ist.

Wichtigste Maßnahme: Das US-Depot muß weg!

Es müssen schnellstens von der Stadt Mörfelden, dem Landkreis Groß-Gerau, dem Regierungspräsidenten in Darmstadt und der hessischen Landesregierung Maßnahmen eingeleitet werden, damit die in unserem Ballungsraum Rhein-Main gelegene, Lagerstätte von so gefährlichen Stoffen und Waffen verschwindet.
Unser Gebiet ist durch Eingriffe in die Natur und Belastungen unserer Umwelt bereits über die Maßen strapaziert. Da wurde der Bau der Startbahn West, gegen alle Vernunft rabiat durchgesetzt und hunderte Hektar Wald vernichtet, was große Nachteile für die hier wohnenden Menschen mit sich bringen wird.
Bereits zweimal wurden auf dem Gelände des Frankfurter Flughafens Trinkwasserverseuchungen festgestellt, durch defekte Kerosinleitungen und durch chemische Waschmittel im Bereich der Lufthansa.
Und zusätzlich tickt in unmittelbarer Nähe der Wasserwerke von Walldorf und Mörfelden, durch die Riesenmülldeponie für den gesamten Kreis, eine Zeitbombe und die Riedwerke als Betreiber haben ihre Last die jetzt schon auftretenden Schäden in Grenzen zu halten. Bereits ganze Waldstücke wurden dort durch austretende Gase vernichtet.
All das kann nicht mehr länger hingenommen werden. Wir die Bürger von Mörfelden und Walldorf wollen, daß auch unsere Kinder und Kindeskinder in diesem Raum noch leben und atmen können.
Jetzt muß Schluß sein mit weiteren Belastungen für die Natur und für die Menschen. Keine weiteren Baugebiete, keine unnötigen Straßen, weniger Asphalt und Beton, reinere Gewässer, weg mit dem Munitionsdepot!

Heinz Hechler

Die Zukunft liegt in unseren Händen

Am 12. April 1984 soll das erste Flugzeug auf der Startbahn 18 West zum Start rollen! Termingerecht, ohne die zugesagten Arbeitsplätze, gegen kompetente Fluglotsen und Piloten, gegen weite Kreise der Gewerkschaften und vor allem gegen den erbitterten Widerstand der Bevölkerung – ein mit Schlagstöcken, Tränengas und Wasserwerfern errungener „Sieg" der Landesregierung mit den Spitzen der Verbände und der Wirtschaft.
Mit dem Bau und der Inbetriebnahme der Startbahn West begeht die FAG einen Anschlag auf die Gesundheit der Bürger dieser Region.

Wir wissen, daß all unsere Argumente gegen die Startbahn richtig waren und es bis heute noch sind: Die Lärmbelastung wird drastisch ansteigen. Luft- und Wasserverschmutzung werden zunehmen. Unser letztes Naherholungsgebiet wird zerstört.
Und weiterhin ist nicht zu vergessen, daß der Flughafen insgesamt in die Kriegsstrategie mit eingeplant ist.
Wir haben keine Illusionen mehr, daß mit moralischen Appellen und sachlichen Argumenten die Zerstörung der Natur gebremst werden kann.
Dafür aber die Einsicht, daß Machtinteressen und Profitdenken tief in unserer Gesellschaft verwurzelt sind.
Wie man auch immer unsere jüngste Geschichte betrachtet, unauslöschlich bleibt, daß eine der größten Bürgerbewegungen in der Bundesrepublik versucht hat, in ihrem Bereich und an einem konkreten Projekt, Demokratie zu praktizieren.
Die neue Startbahn wird zu einer Zeit fertiggestellt, in der deutlich wie nie zuvor die wachsende Bedrohung des Menschen und der Umwelt sichtbar wird.
Vor dem Hintergrund sterbender Wälder, zunehmender Gesundheitsgefährdung durch Schadstoffe, sichtbar anwachsender Todesraten von Kleinkindern, zunehmender Grundwasser- und Bodenverseuchung, zunehmender Bedrohung durch Rüstung, zunehmender Beschneidung der Freiheitsrechte jedes Einzelnen, kann unser Engagement gegen die Startbahn West nur ein Anfang sein im Kampf für unsere Lebens- und Freiheitsrechte.
Nutzen wir das neue, in uns gewachsene Bewußtsein; besinnen wir uns auf unsere eigene Kraft. Lernen wir in diesem Sinne aus der Vergangenheit!
Die Zukunft liegt in unseren Händen!

(Aus einem Flugblatt der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung).

Solche Fotos sollten wir aufbewahren! Auch spätere Generationen sollten erfahren, wie für die Startbahn West Raubbau getrieben wurde. Statt Hochwald – Beton! Dort wo noch vor Wochen Spaziergänge Erholung brachten, ist heute die Wüstenei der RWE-Trasse.

Gedanken zum Nachtflugverbot

Werden sich die Gegner der Startbahn-West nun uneins über die Notwendigkeit eines Nachtflugverbotes auf dieser Bahn?
Werden geschickt die Bewohner der einen Stadt gegen die der anderen Stadt ausgespielt?
Oder wollen da einige Kommunalpolitiker, voran der CDU-Oberbürgermeister Suermann aus Offenbach, auf Kosten der gebeutelten Bevölkerung südlich der Startbahn West, einschließlich Mörfelden, ihr kommunalpolitisches Süppchen kochen?
Man spricht von einem „Fluglärmlastenausgleich". Aber wenn ab Anfang April im westlichen Stadtteil von Mörfelden die Scheiben klirren, kann von Ausgleich wohl keine Rede mehr sein. Leute wie Suermann und der Verkehrsminister Dollinger, CDU, verlangen sogar den gesamten Nachtflugverkehr auf die Startbahn West zu verlegen.
Will man die Bevölkerung unseres Gebietes – denn außer Mörfelden wäre noch Worfelden und Büttelborn

sehr stark betroffen — wegen ihres großartigen Einsatzes gegen den Bau der Startbahn West, nunmehr hierfür bestrafen?
In der Stadtverordnetenversammlung erklärte Stadtrat Peez von der CDU die Abflugrouten von der Startbahn West und er erwähnte auch, daß er nicht mit dem Bundesverkehrsminister in der Frage Nachtflug auf dieser Bahn einig gehe.

Wir empfehlen Herrn Peez und der CDU von Mörfelden, sich einmal mit einem geharnischten Brief an ihre Parteifreunde in Offenbach und Bonn zu wenden.
Heinz Hechler

Mach mit beim Ostermarsch!

Auch Ostern 1984 finden in unserem Land große Demonstrationen und Kundgebungen gegen die neuen US-Raketen, für Frieden und Abrüstung, statt.
Am Ostersamstag geht es los in Nordhessen und im Fuldaer Raum. Von Frankfurt wird ein Sonderzug zur Großkundgebung nach Fulda fahren, die dort um 15 Uhr auf dem Domplatz beginnt.
Am Karfreitag geht es weiter.

Nordzug

Nach einem Gottesdienst beginnt der Nordzug am Ostersamstag in Gießen und Marburg. Die beiden Züge vereinigen sich in Butzbach.
Am Sonntag geht's weiter über Friedberg, Bad Nauheim (Abstecher nach Oberursel, Camp King) bis Frankfurt-Nordweststadt. Dort Meeting im Nordwestzentrum mit Kultur und Reden.

Südzug

Am Karfreitag von drei verschiedenen Orten (Biblis, Lampertheim, westlicher Odenwald) nach Bensheim. Dort Vereinigung der Züge.
Am Samstag weiter nach Darmstadt. Am Sonntag weiter nach Offenbach. Dort Abendveranstaltung.

Ostermontag

Nordzug 10.00 Uhr ab Nordweststadt zum Paulsplatz. Route: Praunheim — Westhausen (Friedhof) — Rödelheim — Ludwig-Landmann-Str. — dort teilt sich der Zug, um eine Menschenkette um das Pershing-Gelände zu bilden — dann weiter nach Bockenheim — Westend - Paulsplatz.

Südzug

Es werden zwei Südzüge stattfinden: 10.00 ab Offenbach, 9.00 ab Langen. Beide vereinigen sich in Frankfurt Lokalbahnhof/ Sachsenhäuser Ufer. Dort „die in". Dann weiter über Hauptbahnhof zum Paulsplatz.

Kundgebung Paulsplatz

Zwischen 13.00 und 14.00 Uhr Beginn. Anschließend Friedensfest mit Kultur und Friedensmarkt.

Ein Angebot?

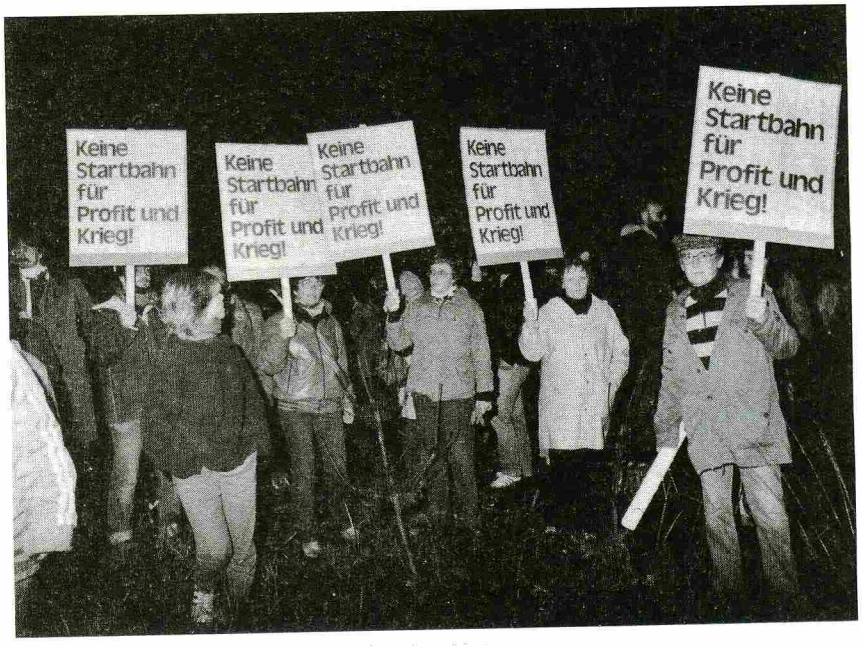
Die FAG versandte an Grundstückseigentümer in der Heidelberger Strasse und der Straße Am Schlichter ihr „Angebot" für ein freiwilliges Schallschutzfenster-Programm.

Die DKP-Fraktion nimmt dazu wie folgt Stellung:
Nun hat die FAG die Katze aus dem Sack gelassen. Lediglich die westliche Straßenseite der Heidelberger Straße sowie die vier Wohnblocks „Am Schlichter" sollen in das „Freiwillige Schallschutzfenster-Programm" einbezogen werden. Und genau südlich des Kindergartens hört für die FAG die Lärmzone auf. Mit diesem „Angebot" wirft die FAG der Stadt erneut den Fehdehandschuh hin.

Es zeigt sich wieder einmal, man darf den Bock nicht zum Gärtner machen. Die FAG wird nach privatkapitalistischen Grundsätzen geführt. Über allem hat dort also der Profit zu stehen. Mehr Schallschutzfenster bedeuten für sie weniger Profit.
Unsere Bürger haben in der Vergangenheit mit der Startbahn-West-Betreiberin FAG schlimme Erfahrungen machen müssen. Nun zeigt sich erneut, es gibt dort keine Absicht, dem Verursacherprinzip folgend, die Bürger für den zu erwartenden Lärm zu entschädigen.
Wenn nach Inbetriebnahme der Startbahn im April, die Nordbahn repariert wird, wenn in Erbenheim 135 Kampfhubschrauber und 26 Aufklärungsflugzeuge von der US-Air Force stationiert werden, dann werden wir Massenstarts von der Startbahn-West erleben. Die Bürger werden wachsendem Lärm mit ungeahnten Ausmaßen ausgesetzt sein.

Wir fordern deshalb:
1. **Die Stadt muß alles unternehmen, damit der FAG die Vergabe von Mitteln für Schallschutz entzogen wird. Dies muß Aufgabe einer neutralen Seite sein, bei der die Betroffenen mitwirken müssen.**
2. **Die FAG muß entsprechend dem Verursacherprinzip Entschädigungen für alle Bürger unserer Stadt leisten, die von dem neuen Lärm betroffen sind.**

Wir erwarten von der Stadt, daß sie entschieden gegen dieses „Angebot", das überhaupt kein Angebot ist, protestiert.



„Keine Startbahn für Profit und Krieg!" Deutlicher konnte man den Protest der Bürger nicht ausdrücken. Jetzt, wenige Wochen vor der Eröffnung der Startbahn West sollten wir uns an die Kämpfe der vergangenen Jahre erinnern und sagen: „Nichts wird vergessen!" Es bleibt die Mahnung an alle Bürger, bleibt wachsam!

Geschäfte mit den Alten?

Die Diskussion um ein Alten- und Pflegeheim in Mörfelden-Walldorf ist in einem Stadium, wo über den Träger dieser Sozialeinrichtung in Kürze entschieden wird. Die Frage, ob eine gemeinnützige, karitative Vereinigung, wie die Arbeiterwohlfahrt, oder ein Privatunternehmen der zukünftige Betreiber sein wird, ist von grundsätzlicher Bedeutung.

Die zuständigen und verantwortlichen städtischen Gremien dürfen es nicht zulassen, daß private Geldanleger an der Pflegebedürftigkeit älterer Menschen Geschäfte machen. Wer Einblick hat in die Thematik Altenpflege wird bestätigen, daß ein Boom für derartige Einrichtungen, die den Namen sozial nicht verdienen, entstanden ist. Entweder die Betroffenen kaufen sich für zigtausend Mark in einem solchen Heim ein, oder man kann nach „Bauherrenmodell"-Art Anteile an einem solchen Heim erwerben und von der Steuer abschreiben. Über die Investitionsförderungsgesetze fließt zusätzliches Geld von den Steuerzahlern. Von den Gemeinden läßt man sich darüber hinaus den Baugrund schenken oder für „einen Apfel und ein Ei" verkaufen. In der Betriebsführung „ist dann noch einiges zu machen". Entweder man zahlt nicht nach Tarif, beschäftigt das Personal nur stundenweise, umgeht die Sozialgesetze. Eine weitere Einnahmequelle können die Pflegesätze sein. Die degradieren die alten Menschen in nicht wenigen Fällen zu Sozialhilfeempfängern. Tagessätze bis 114,65 oder 3 548,-- DM im Monat sind Beispiel dafür, daß die normale Rente oder Pension nicht ausreicht. Entweder werden die Angehörigen zur Zahlung herangezogen oder die Allgemeinheit über die Sozialhilfe.

Unsere älteren Mitbürger haben ein Recht auf einen gesicherten Lebensabend. Sie haben zwei Weltkriege, Inflation, Wirtschaftskrisen, Währungsreform, Hunger und Leid erfahren. Sie hatten aber auch entscheidenden Anteil am Wiederaufbau unseres Landes und an der Beseitigung der Trümmer aus Faschismus und Krieg.

Die von Bonner Politikern häufig anvisierte Pflegeversicherung ist der Versuch, ein soziales Problem auf kapitalistische Weise zu lösen. Doch mit Geld ist dort nichts zu lösen. Hier stehen Staat und Gesellschaft in Verantwortung. Wir Kommunisten verlangen, daß die Kosten in den Heimen entsprechend den Renten berechnet werden, dem Heimbewohner ein angemessenes Taschengeld für seine persönlichen Bedürfnisse bleibt und kein Rentner im hohen Alter zum Sozialhilfeempfänger gedemütigt wird. Wer Milliarden für eine sinnlose Rüstung ausgibt, der hat kein moralisches Recht zu verlangen, daß wir schon jetzt eine Pflegeversicherung für unser Alter abschließen, nur um sich aus der Verantwortung zu stehlen.

R. Dötsch

DKP-Antrag beschlossen

Auf Antrag der DKP wurde in der Stadtverordneten-Sitzung ein Antrag beschlossen, nachdem sich die Stadt Mörfelden intensiv um die Reinhaltung unserer Gewässer kümmern muß. DKP-Stadtverordneter Rudolf Dötsch machte hierzu u.a. folgende Ausführungen:

Es ist tatsächlich nicht einzusehen, weshalb trotz bestehender Vorschriften, trotz der vorhandenen technischen Möglichkeiten, einige Bäche als stinkende Kloaken und Bazillenträger durch unsere Gemarkung fließen.

Unabhängig davon, daß ähnliche Forderungen schon öfters diskutiert wurden, wir wollen, daß „Dampf" gemacht wird.

Bald ist Ostern, vielleicht benützen Sie, meine Damen und Herren, beim Osterspaziergang einmal die Gelegenheit, in den Gänswiesengraben oder den Gundbach zu sehen. Hier stinkt es nach wie vor zum Himmel.

Und was den Gundbach betrifft – wir wissen um die ewigen Verhandlungen, um die Hartleibigkeit der Bundesvermögensverwaltung.

Unsere Forderung ist: Weg mit der Air Base – aber das dauert –, dann sollen die Amis wenigstens ihre Kläranlage in Ordnung bringen. Wir wehren uns gegen die Meinungsäußerungen, daß schon alles in die Wege geleitet ist, daß schon alles besser geworden ist, daß es neuer Initiativen nicht mehr bedarf.

Wir hoffen, daß sich die Verwaltung schnellstens um die angesprochenen Mißstände intensiv kümmert.

Wenn der Bürgermeister ausführte, daß dieser Antrag nichts schadet, so wünschen und hoffen wir, daß er was nützt.

Südumgehung – CDU hetzt Bürger gegeneinander

Vor der letzten Stadtverordneten-Sitzung verteilte die CDU in Mörfelden ein Flugblatt zur „Südumgehung", in dem sie heftig die anderen Fraktionen angreift. So wird u.a. behauptet, SPD und GBL würden eine Lösung der Verkehrsprobleme verschleppen. Die DKP-Fraktion gab dazu folgende Stellungnahme ab:

Fragen muß man, warum die CDU in dieser Frage den Boden der Sachlichkeit verläßt und mit einem überaus gehässigen Flugblatt versucht, die Bürger unserer Stadt gegeneinanderzuhetzen?

Es geht – wir wollen es noch einmal deutlich sagen – um eine nicht unkomplizierte Entscheidung.

Die Stadtverordneten haben wahrscheinlich die Wahl zwischen „Kopfweh" und „Bauchweh". Einerseits – der Verkehr muß aus der Stadt – andererseits haben wir die Pflicht, darüber nachzudenken, wie unsere Heimat vor weiterer Zerstörung bewahrt werden kann.

Hier gibt es bestimmt niemand, der 622 in Mörfelden gesammelte Unterschriften für die Südumgehung geringschätzt.

Auch wir sind der Meinung, daß die Überprüfungen und Untersuchungen des vorgelegten Generalverkehrsplanes nicht endlos sein dürfen.

Auch wir meinen, daß der Schwebezustand beendet werden muß. Die lärm- und abgasgeplagten Bürger haben ein Recht darauf, daß gehandelt wird.

Das polemische Haß-Pamphlet der CDU wird allerdings nicht dazu beitragen, daß sachlich und ruhig die richtigen Entscheidungen getroffen werden.

Die CDU, und das muß man deutlich sagen, benutzt schamlos die Sorgen der verkehrsgeschädigten Bürger, um Punkte zu sammeln für die Kommunalwahl 1985.

Leserbrief

„Ich kenne viele Jugendliche, die arbeitslos sind und keine Hoffnung mehr sehen."

Am 1. September 1980 begann ich meine Lehre als Druckvorlagenhersteller in einer Druckerei in Dreieich. Ich war damals 16 Jahre alt und hatte gerade die Realschule abgeschlossen. In der Berufsschule wurden uns unsere Rechte und Pflichten erläutert, und im Betrieb mußten wir unseren Pflichten nachkommen. Von unseren Rechten sprach selten einer.

Als wir in unserer Berufsschulklasse beschlossen, einen gemeinsamen Bildungsurlaub zu machen und ich dann bei meinem Chef die Erlaubnis dazu einholen wollte, erlebte ich meine erste große Überraschung. Mein Chef hielt von unserer Idee nichts und stellte mich vor die Alternative Bildungsurlaub oder Kündigung nach der Lehre. Deshalb verzichtete ich auf meinen Bildungsurlaub. Meine Kollegen waren über das Verhalten meines Chefs sehr entsetzt, aber aus Angst haben sich alle passiv verhalten. Es war gerade die Zeit, in der die erste große Entlassungswelle durch den Betrieb ging. Das beunruhigte natürlich die Belegschaft. Auch sollte gerade ein neuer Betriebsrat gewählt werden. Die Belegschaft wählte einen Mann, der sich nie bei der Betriebsleitung durchsetzen konnte, alles als unabänderlich hinnahm und höchstens versuchte, die Leute zu beruhigen.

Im Frühjahr 1981 wurde für die Buchhaltung ein Computer für zig Tausend gekauft, obwohl das Geld an anderer Stelle viel dringender gebraucht wurde. Unsere Druckmaschinen und Geräte waren nämlich ganz schön veraltet. Der Chef begründete diese Neuanschaffung damit, daß er sich für das Geld, das er einer Buchhalterin für die gleiche Arbeit bezahlen müßte, in zehn Jahren ein neues Haus bauen könnte.

Bald wurde Kurzarbeit angeordnet, allerdings nicht für mich, da ich noch in der Ausbildung war. Besonders die Älteren in meiner Abteilung waren deswegen geschockt, weil sie ja noch die Zeit des Wirtschaftswunders erlebt hatten.

Die Ursache für die Kurzarbeit lag einmal an der schlechten Wirtschaftslage, aber auch besonders am Unvermögen der Geschäftsleitung. Sie hatte jahrelang nur für persönlichen Gewinn gewirtschaftet und keine Investitionen (Modernisierung) getätigt. Doch dies wollte niemand einsehen und nun ging die zweite große Entlassungswelle über uns nieder. Als ich 1980 anfing, waren in meiner Abteilung 9 Leute beschäftigt. Nach der zweiten Entlassungswelle waren es mit mir nur noch 4, und selbst die verbliebenen Kollegen hatten keine Arbeit mehr, weil die eigene Firma einen Teil der Aufträge von anderen Betrieben ausführen ließ, die moderner ausgestattet waren und deshalb kostengünstiger produzieren konnten.

Den Frauen in der Buchbinderei, die ganztags angestellt waren, wurde gekündigt und nur noch halbtags beschäftigt. Die ausländischen Kolleginnen wehrten sich gegen diese Maßnahme und gingen vors Arbeitsgericht. Sie gewannen zwar, doch waren sie dann arbeitslos. Weihnachten 1982 wurde eine Betriebsversammlung einberufen und unser Chef erklärte, daß er das Weihnachtsgeld nicht zahlen könne. Entweder neue Entlassungen oder die Hälfte des Weihnachtsgeldes. Die Belegschaft unterschrieb daraufhin den Verzicht. Die Firma, die bis dahin eine OHG war, wurde schnell in eine GmbH & Co. KG verwandelt, damit bei einem Konkurs die vielen Häuser nicht verloren gehen.

Im Mai 1983 wurde ich für die Bundeswehr gemustert und für tauglich befunden. Da ich schon sehr lange in der Friedensbewegung aktiv bin, verweigerte ich gleich.

Noch vor meiner Abschlußprüfung wurde mir gesagt, daß ich nicht übernommen werden könnte. Drei Monate durfte ich noch bleiben, damit ich mir eine Stelle suchen könnte. In dieser Zeit versuchten meine Kollegen und ich, etwas zu finden, doch alle Versuche waren vergebens. Ausgelernt und ohne Berufserfahrung und noch die Bundeswehr vor sich, da gibt es keine Chance. Seit September 1983 bin ich arbeitslos. Noch nie sah ich so hilflose und verzweifelte Gesichter wie auf dem Arbeitsamt. Von den Beamten von Zimmer zu Zimmer geschickt, andere werden in den vollen Gängen durch das lange Warten aggressiv. Alle merken es und sagen es auch, daß ihr Wert in dieser Gesellschaft gesunken ist, weil sie arbeitslos sind.

Weil es tagsüber so langweilig ist, wenn man darauf wartet, bis die Freunde Feierabend haben, hatte ich mich entschlossen, jobben zu gehen. Einen Aushilfsjob hatte ich schnell gefunden, den ich allerdings schnell wieder aufgegeben habe. Ich habe nämlich bemerkt, daß ich dort nur als billige Arbeitskraft und als Lohndrücker gegenüber anderen Kollegen mißbraucht wurde.

Vom Arbeitsamt habe ich bis heute nur eine Stelle vermittelt bekommen. Die Firma, in der ich mich dann vorgestellt habe, hätte mich sofort genommen, aber ich hatte meinen Zivildienst noch nicht geleistet. Das Kreiswehrersatzamt hat sich auch seit meiner Musterung nicht mehr gemeldet, und so hänge ich die ganze Zeit in der Luft. Ohne abgeleisteten Dienst bekomme ich keine Stelle und befristete Stellen gibt es auch nicht.

Eines habe ich mittlerweile bemerkt: gerade uns Jugendlichen geht es besonders schlecht. Der Traum von einer eigenen Existenz schrumpft von Tag zu Tag. Hoffnungslosigkeit macht sich breit. Ich keinne viele Jugendliche, die arbeitslos sind und keine Hoffnung mehr sehen. Manche sind sogar dem Alkohol und anderen Drogen verfallen. Keiner ist da, der einem aus dieser unverschuldeten Misere heraus hilft.

Unsere etablierten Politiker und die Arbeitgeber labern nur rum, unternehmen aber nichts: Gewinne zählen mehr als die einzelne menschliche Existenz. Deshalb wird es Zeit, daß wir uns jetzt selbst einmischen, der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich könnte ein Anfang sein.

Wolfgang Klein

Gedenkstein für jüdische Mitbürger — DKP-Antrag wird jetzt realisiert

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung gab es eine heftige Debatte über die Inschrift des Gedenksteines, der am ehem. Standort der Mörfelder Synagoge aufgestellt wird. DKP-Stadtverordneter Rudi Hechler sagte dazu u.a.:

Wir möchten zunächst unsere Genugtuung darüber aussprechen, daß auf Initiative der DKP in Kürze dieser Gedenkstein errichtet wird und daß offenbar alle Fraktionen dieses Anliegen unterstützen.

Wir freuen uns auch, daß der DKP-Antrag, ehemalige Überlebende zur Einweihung einzuladen, gemeinsam getragen werden wird.

Dieser Gedenkstein, diese Ehrung unserer ehemaligen jüdischen Nachbarn war überfällig.

In einer Zeit mit starken Rechtstendenzen, in einer Zeit, in der Neo-Nazis auch in unserem Kreis kandidieren können, in der es erneut „Feme-Gerichte" der Neo-Nazis gibt, ist es gut, wenn unsere Stadt ein solches Zeichen setzt.

Wir wollen auf keinen Fall das Wort „Nationalsozialismus". Warum?

Als die Hitler-Bewegung in Deutschland begann, tarnte sie sich mit Attributen der Arbeiter-Bewegung. Sie textete alte Arbeiterlieder neu, benutzte das traditionelle Rot der Arbeiter-Fahnen und sie nannten sich sogar National-Sozialisten, obwohl sie vom Großkapital bezahlt wurden. Das Wort Nationalsozialismus wird heute noch ständig von den Rechten im antisozialistischen Sinn mißbraucht.

Sie alle kennen möglicherweise die folgenden Zitate:

Am 28. Sept. 1979 meinte ein gewisser Herr Stoiber:

„Wir haben in der Vergangenheit nicht deutlich gemacht, daß Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren..."

Und Strauß sagte am 1. Okt. 1979:

„Schließlich war der Nationalsozialismus auch eine Variante des Sozialismus."

Der damalige Vorsitzende der IG Metall, Loderer, meinte zu diesen Auseinandersetzungen am 16. Okt. 1979:

„Dies ist das Schäbigste und Verkommenste, was ich an politischen Äußerungen seit Jahren gehört habe."

Ich glaube, wir sollten diese Tatsachen ernst nehmen.

Wer beleidigt wen?

Haß macht blind, sagt ein Sprichwort. Haß gegen Andersdenkende, gegen Kommunisten speziell, war der Grund der beleidigenden Äußerung von CDU-Ortsvorsitzender Rudi Haselbach gegen den DKP-Stadtverordneten Herbert Oswald in der letzten Stadtverordnetensitzung. Was war der Hintergrund?

Zur Diskussion und Beschlußfassung stand der DKP-Antrag auf Errichtung eines Gedenksteines für die jüdische Synagoge in Mörfelden. Der Text der Inschrift, vom Magistrat vorgeschlagen, sollte auf Initiative der DKP verändert werden. Statt des Wortes „Nationalsozialismus" sollten die Jahreszahlen von 1933—1945 gesetzt, und auch der mahnende und verpflichtende Zusatz: „Nie wieder Krieg — nie wieder Faschismus" sollte hinzugefügt werden. Nach kontroverser Stellungnahme der CDU, brachte Herbert Oswald vor, daß die CDU wohl deshalb nicht das Wort Faschismus wolle, weil es viele ehemalige Faschisten in der jetzigen Regierungspartei gäbe (eine Tatsache, die vielfach zu belegen ist). Daraufhin äußerte Haselbach: „Selig die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Himmelreich." Es wäre eine Ungeheuerlichkeit Faschisten in der Regierungspartei auszumachen... Die Beleidigung des Christdemokraten wurde vom Stadtverordnetenvorsteher Becker gerügt, doch ist die Sache damit erledigt?

Wir wollen hier nicht jene Menschen anprangern, die aus Opportunismus damals mitgelaufen sind, die aus Angst vor Nachteilen Mitglied jener faschistischen Organisationen wurden, die nach dem Ende des „Tausendjährigen Reiches" Reue zeigten, ihre Schuld bekannten, Demokraten wurden. Wir richten uns gegen die Ewiggestrigen, die aus dem Fiasko von damals nichts, aber auch gar nichts gelernt haben, die in hohe Staatsämter kamen und so weiter machten, wie sie 1945 aufhörten; öffentlich bekundeten, daß das Recht von damals heute nicht Unrecht sein könne. Jene Herren wie Filbinger, ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg, noch wenige Tage vor dem Zusammenbruch Todesurteile aussprachen und vollstrecken ließen. Nur eine kleine Aufzählung von Personen soll zeigen, wie die Politik der rechten und dominierenden CDU-Kreise sich nahtlos an die unselige Vergangenheit anschließt:

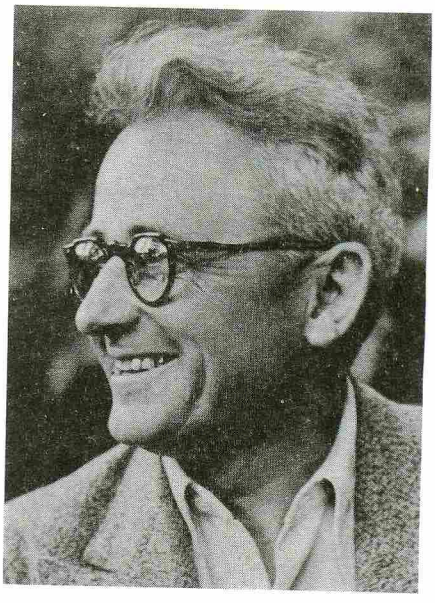
- Eberhard Taubert, Mitglied der NSDAP, Leiter der Rechtsabteilung der Nazi-Gauleitung Groß-Berlin, Vertrauter Goebbels, später Strauß-Berater im Bonner Verteidigungsministerium.
- Hanns Martin Schleyer, Boß der Bosse — so kannten ihn viele, Schulungsleiter der 13. SS-Reiterstandarte.
- Fritz Ries, Vorstandsvorsitzender der Pegulan-Werke, Nazi-Mitglied seit 1934, offizieller Förderer der CDU.
- Artur Missbach, Abteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium und Nazi-Mitglied, später CDU-Bundestagsabgeordneter.
- Kurt Georg Kiesinger, Nazipropagandist, später Bundeskanzler.
- Heinrich Lübke, beim Bau von KZ beteiligt, später Bundespräsident.
- Siegfried Zoglmann, SS-Leibstandartenoffizier, später CSU-Bundestagsabgeordneter.
- Friedrich Zimmermann, man kennt ihn als „Old Schwurhand", heute Innenminister.
- Hans Globke, Ministerialrat im Reichsinnenministerium, Mitverfasser und Kommentator der Rassistengesetze, später Adenauers Berater.
- Filbinger ließ am 16. März 19845 noch den 22jährigen Matrosen Gröger hinrichten, später Ministerpräsident.
- Franz Josef Strauß, Nazi-Offizier für „wehrgeistige Führung", Gründungsmitglied der CSU, heute Ministerpräsident.
- Carl Carstens, Mitglied der NSDAP, heute Bundespräsident.

Diese Liste wäre weiter fortzuschreiben, die Schröders, Meerkatz, Oberländer und wie sie alle heißen mögen. All diesen smarten Herren war und ist eines gemeinsam: ihre braune Vergangenheit und ihr Parteibuch der CDU/CSU.

Herrn Haselbach, der H. Oswald der geistigen Armut bezichtigte, muß wohl blind sein. Hätte er geschwiegen, wäre er ein Weiser gewesen. Und um ebenfalls mit einem Bibelwort zu antworten: „Ihr Ottergezüchte, wie könnt Ihr Gutes reden, dieweil Ihr böse seid? ". (Matth. 12,34).

Zusammenfassend bleibt nur zu sagen: Stadtverordneter Herbert J. Oswald hat die Wahrheit gesagt, und die Wahrheit ist immer konkret!

R. Dötsch



Hohe Ehrung für Wilhelm Hammann

Nun steht es fest, Wilhelm Hammann, Kommunist, Lehrer, KZ-Insasse und ehemaliger Landrat des Kreises Groß-Gerau, wird in Israel posthum zum „Gerechten unter den Völkern" ernannt werden. Hammann hatte im KZ-Buchenwald jüdische Kinder vor dem sicheren Tod beschützen können.

Wilhelm Hammann, als antifaschistischer Widerstandskämpfer in vielen Ländern bekannt und geehrt, wurde im Landratsamt bis heute vergessen. Dies hat vor allem die SPD zu verantworten und dies ist durch nichts zu entschuldigen. Wir fordern alle Kreistagsabgeordneten, vor allem die der SPD und der Grünen auf, endlich das Versäumte nachzuholen.

Wie der hierzulande herrschende Antikommunismus nach wie vor wirkt, wurde jetzt aktuell deutlich. Als Mitte März, die Witwe des in Israel Geehrten, Marie Hammann, starb, verweigerte die „Heimat-Zeitung" die Todesanzeige der DKP.

Wir verneigen uns vor Wilhelm Hammann und seiner tapferen Lebensgefährtin — wir schämen uns für die, die seit 1945 nichts hinzugelernt haben.

Rudi Hechler

Täglich lesen -

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

darum abonnieren!

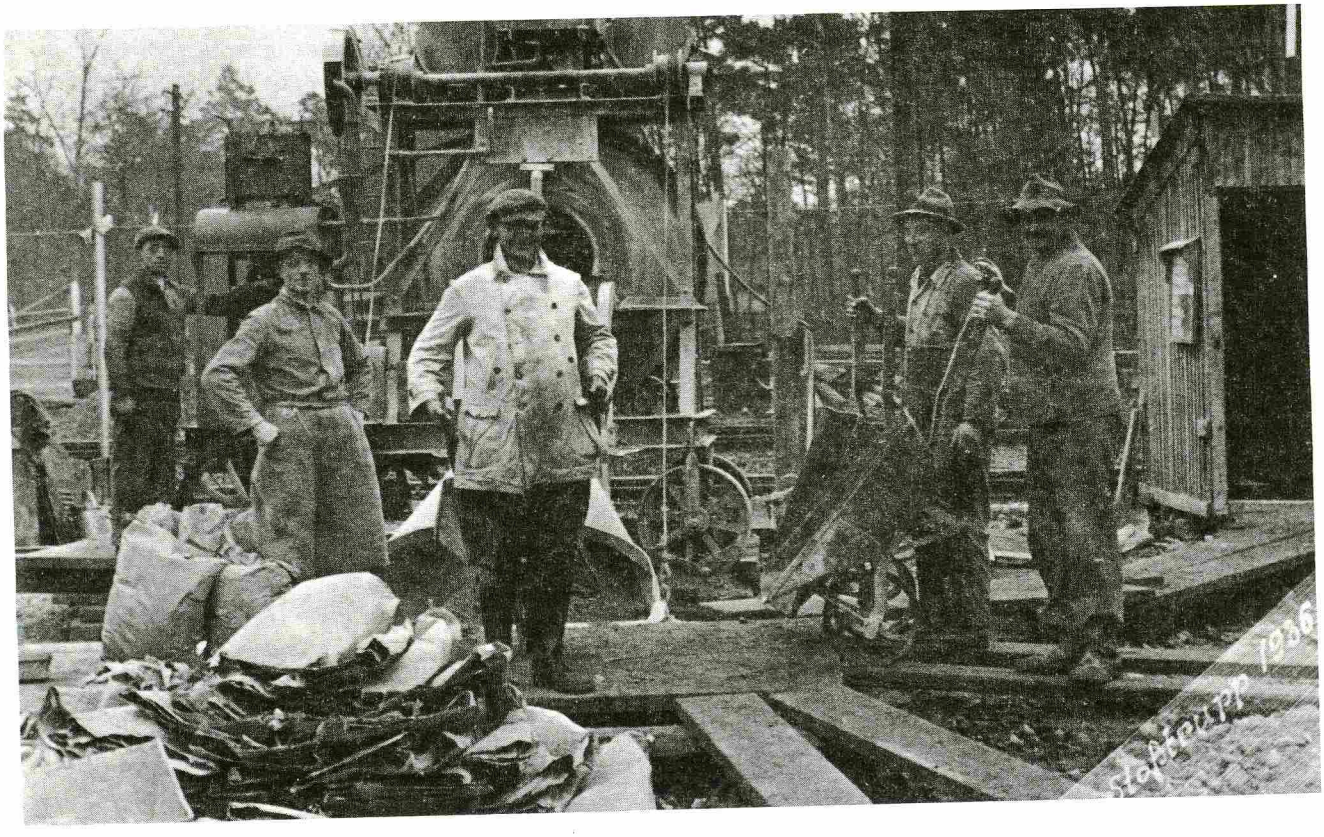
Wir fahren in ein kinderfreundliches Land

Fröhliche Sommerferien vom 28. 7. bis 13.8.1984

Für Kinder von 10 bis 14 Jahren

Preis: 115,--DM

Anmeldungen an:
Conni Hechler
Feldstr. 38
6082 Mörfelden-Walldorf
Tel.: 14 30



Mörfelden gestern

Mörfelder Bauarbeiter an einer vorsintflutlich anmutenden Betonmischmaschine, aufgenommen vor etlichen Jahren. Die Baustelle und die Jahreszahl ist uns leider nicht bekannt. Nach der Maschine und den Rädern der Schubkarren zu urteilen, ist das Bild schon einige Jahrzehnte alt. Vielleicht kann uns einer unserer Leser darüber näheres mitteilen.

Wir freuen uns über jede Auskunft, die uns über die, unter der Überschrift „Mörfelden gestern" veröffentlichten Bilder, zugeht. Auch sind wir interessiert an weiteren alten Fotografien, die wir nur kurz für eine Kopie benötigen, um sie im „blickpunkt" abzudrucken. Mitteilungen bitte an: Heinz Hechler, Van-Dyck-Straße 48, Telefon 33 35.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudolf Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3; Druck: Eigendruck